

Streitkräfteentwicklung und Pandemieeinsätze in Europa

Autor(en): **Gonin, Pierre-Louis**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-976302>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



◀ Medizinische Evakuierung an Bord eines französischen Caracal Helikopters.

Bild: Ministère des armées

Streitkräfteentwicklung und Pandemieeinsätze in Europa

Seit Beginn der Pandemie haben zahlreiche europäische Länder ihre Streitkräfte mobilisiert und ihnen eine wichtige Rolle im Krisenmanagement der zivilen Behörden zugewiesen. Dieses subsidiäre Engagement hält an und dürfte Auswirkungen auf die langfristige Streitkräfteentwicklung haben.

Pierre-Louis Gonin

Bundesrätin Viola Amherd stellt in ihrer Einleitung zum aktuellen NDB-Lagebericht fest, die Covid-19-Pandemie werde die Sicherheitspolitik der Schweiz nachhaltig beeinflussen. Sie fordert eine Stärkung unserer Fähigkeiten zur Bewältigung von Katastrophen und Notfällen und warnt, dass Pandemien und Naturkatastrophen in Zukunft an Häufigkeit und Intensität zunehmen würden.

Pandemie und Sicherheitspolitik – die normative Ebene

Diese Prognose deckt sich mit der seit dem Ende des Kalten Krieges hierzulande zunehmenden Wahrnehmung, dass Epidemien beziehungsweise Pandemien von wachsender Sicherheitsrelevanz seien, wie sich etwa

an den sicherheitspolitischen Berichten des Bundesrates ablesen lässt: So bezeichnete der Bericht 90 Epidemien als «nicht machtpolitische Entwicklungen», die sich mittel- und langfristig destabilisierend auf ganze Gesellschaften auswirken und ihre innere Widerstandskraft beeinträchtigen könnten. Im Bericht von 1999 werden Epidemien unter die «natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen» und «Risiken» eingereiht, die das Gesundheitswesen während längerer Zeit überfordern könnten. Der Bericht 2010 wiederum erwähnte erstmals explizit, dass Pandemien das Funktionieren von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft derart beeinträchtigen könnten, dass auch ein Armeeeinsatz nötig werden könnte. Tatsächlich war ein Armeeeinsatz bereits in der Strategischen Führungsübung 2005 integriert

gewesen und sollte es nochmals werden in der ersten Sicherheitsverbandsübung 2014, denen beiden das Szenario einer schweren Grippe-Pandemie zugrunde lag. Im Bericht 2016 schliesslich wurde eine Pandemie als «latente gesellschaftsbedingte Gefahr» bezeichnet und im Berichtsentwurf 2021 wird sogar über 30-mal auf die anhaltende Covid-19-Pandemie Bezug genommen.

Mit dem Einbezug von Gesundheitsgefährdungen in ein erweitertes Sicherheitsverständnis liegt die Schweiz im internationalen Mainstream. Ein Beispiel ist der Bericht «Global Britain in a Competitive Age» vom März 2021, der sich auf die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft konzentriert, um unerwarteten Schocks wie zukünftigen globalen Umwelt- und Gesundheitsnotfällen besser standhalten zu können. Zum Aufbau von Resilienz gehört laut dem britischen Regierungspapier die Entwicklung neuer Fähigkeiten in Bezug auf Personal, Fachkenntnisse und Ausrüstung sowie eine stärkere Zusammenarbeit zwischen zivilen Behörden, den Streitkräften und der Industrie. Darüber hinaus wird betont, dass die Streitkräfte weiterhin subsidiäre Unterstützung bei der Katastrophenhilfe leisten würden und dass eine stärkere Nutzung der militärischen Reserven zur Unterstützung der nationalen Sicherheitsprioritäten geplant sei. Diese angestrebten Anpassungen in der britischen Sicherheitspolitik reflektieren ein neues Verständnis und die Bereitschaft, die Streitkräfte vermehrt auf nicht-militärische beziehungsweise nicht-machtpolitische Bedrohungen hin auszurichten. Ausserdem deuten diese Veränderungen auf eine Stärkung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit hin, welche London nun als wesentlich für die Resilienz von Staaten erachtet.¹

Armee-Einsätze zur Pandemiebewältigung

Seit dem Frühjahr 2020 haben viele europäische Streitkräfte die zivilen Behörden auf vielfältige Weise unterstützt. Natürlich gab es auch konventionelle Einsätze wie die Bewachung von Aussengrenzen, den Aufbau

von medizinischer Infrastruktur wie etwa Feldlazaretten, den Schutz von Depots für Schutzmasken, Atemschutzgeräte und pharmazeutische Produkte oder den Transport von Patienten und Sanitätsausrüstung. Daneben spielten aber Streitkräfte – etwa in Österreich, Grossbritannien und Italien – eine wichtige Rolle bei der Einrichtung sowie beim Betrieb von Test- und Impfzentren und selbstredend auch bei der Umsetzung der armeeinternen Schutz- und Impfmassnahmen. In Grossbritannien waren sogar Truppenärzte an der Impfung der Bevölkerung beteiligt und Spezialisten der Royal Army wurden zur Bekämpfung von Fake News über die Pandemie herangezogen. Das österreichische Bundesheer wiederum unterstützte das nationale Contact Tracing, die Herstellung von Desinfektionsmitteln und zeitweise sogar Verteilzentren und Lager von Lebensmittelfirmen und der Post, die mit der stark gestiegenen Nachfrage nicht zurechtkamen. In Italien schliesslich wurde die seit 2008 laufende Operation «Strade Sicure» verstärkt, um die Sicherheit des italienischen Territoriums zu gewährleisten und die landesweiten Eindämmungsmassnahmen durchzusetzen. Das Militär wurde etwa damit beauftragt, die Bewegung der Bevölkerung zu kontrollieren und Gebiete mit hoher Covid-19-Kontamination abzuriegeln.²

Zusätzlich zum erweiterten Auftragspektrum der Streitkräfte lässt sich eine Auswirkung der Covid-19-Pandemie auf deren externe Operationen, Übungen und auf bestimmte Trainingssequenzen beobachten. So hat die Pandemie etwa zur Reduktion der nationalen Beiträge an internationale Stabilisierungsoperationen geführt, etwa im Irak, wo französische, britische und spanische Kontingente im März und April 2020 vorübergehend abgezogen wurden. In jenem Zeitraum musste als Folge von internen Covid-Ausbrüchen auch das italienische Heer seine Verpflichtungen gegenüber KFOR und UNIFIL reduzieren und der französische Flugzeugträger «Charles de Gaulle» einen laufenden Einsatz anpassen. Im Falle der Aussetzung multilateraler Übungen wie «Aurora 2020 oder Cold Response 2020» und der Verzögerung und Redimensionierung der Übung NATO Defender 2020 als Folge der Covid-19-Pandemie wurde vermutet, dass sich dies negativ auf die Einsatzbereitschaft und Interoperabilität der involvierten Streitkräfte auswirken könnte.³ Analoge Befürchtungen hegten Beobachter bezüglich der nuklearen Abschreckungsfä-

higkeit Grossbritanniens.⁴ So hat die Royal Navy zusätzliche Vorsichtsmassnahmen ergriffen, darunter Isolationszeiten, um die Gesundheit der Besatzung der nuklearen U-Boote zu schützen und die Patrouillen aufrechterhalten zu können.

Fazit

Die Covid-19-Pandemie hat in vielen Staaten einen subsidiären Streitkräfteeinsatz ausgelöst und manchenorts bereits normative Änderungen auf der politischen Ebene bewirkt: Zum einen wird in neuen Regierungsdokumenten die Pandemie prominent als sicherheitspolitisch relevante Herausforderung bezeichnet, zum anderen wurde der Beitrag nationaler Streitkräfte zur Bewältigung der aktuellen Covid-19-Pandemie herangezogen, was zu langdauernden und vielfältigen Einsätzen im Inland geführt hat. Diese präzedenzlosen Engagements der Streitkräfte, kombiniert mit den düsteren Langzeitprognosen bezüglich Pandemien allgemein, dürften absehbar dazu führen, dass in den Militärdoktrinen die Unterstützung ziviler Gesundheitsbehörden explizit verankert wird und damit mitbestimmend für deren Weiterentwicklung wird: organisatorisch, ausrüstungs- und ausbildungsseitig. ■

- 1 M. CM. Bricknell & al., An Analysis of The National Responses to The COVID-19 Pandemic Through The Lens of Medical Military Support Requirements, NATO Allied Command Transformation, 4:5, 2020.
- 2 F. Delerue & al., Institut de recherche stratégique de l'école militaire, Covid-19 et la mobilisation des forces armées en Europe et aux Etats-Unis, note de recherche, No. 107, 2020.
- 3 W. Nina, The Military in the Time of COVID-19, PRISM, 9:2, 2021, S. 20-33.
- 4 J. Dempsey and N. Childs, IISS, UK nuclear challenges: keeping 'CASD' afloat, Military Balance Blog, 2020.



Pierre-Louis Gonin
MA
Projektmitarbeiter
Dozentur Strategische Studien, MILAK
8903 Birmensdorf

Das an der Dozentur Strategische Studien laufende Forschungsprojekt «L'impact de la pandémie Covid-19 sur les forces armées» soll Ende 2022 abgeschlossen werden. Dieser Beitrag fasst erste Erkenntnisse zusammen.



AUS DEM BUNDESHAUS

Dr. Fritz Kälin
8840 Einsiedeln

Die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK-N) besuchte für ihre Sitzung vom 23./24. August das Kompetenzzentrum SWISSINT, die Pilatus Flugzeugwerke AG und die höhere Kaderausbildung der Armee in Kriens. Sie beantragte den Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich über das Satellitenaufklärungsprogramm CSO (Composante Spatiale Optique) (20.091) anzunehmen. Die SiK-N liess sich umfassend über die bundesrätliche Weltraumstrategie orientieren und berücksichtigte beim Entscheid auch die Vorbehalte, welche die Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) an dieser inklusive Betriebskosten 107 Millionen Franken teuren Beteiligung angebracht hatte. Eine Kommissionsminderheit unterbreitete Antrag auf Nichteintreten.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) beantragte am 2. September mit Stichentscheid des Präsidenten, den Verkauf der Ruag Ammotec (19.3154) zu stoppen. Sie bestätigte damit die in der Sommersession aufgekommenen Zweifel. Zu den Sorgen um die Versorgungssicherheit von Armee und Polizei waren die Datenverluste der Ruag hinzugekommen. Zu Letztem hörte die SiK-S die Verwaltungsratspräsidentin der BGRB Holding AG an sowie die CEO der Ruag International, der Ruag Ammotec und der Ruag MRO Schweiz und Vertreter des Finanzdepartements, des VBS und der EFK.

Würde die Ammotec dennoch verkauft, forderte die SiK-S, dass der BR inländische Käufer mit strategischen Absichten bevorzugt (21.3979). Eine Minderheit und der BR werden den Ständerat voraussichtlich in der Herbstsession davon zu überzeugen versuchen, dass diese Motion überflüssig sei. Des Weiteren führte die SiK-S Anhörungen zu den vom Bericht zur Alimentierung der Bestände von Armee und Zivilschutz (21.052) betroffenen Kreise durch.